Landtag Rheinland-Pfalz
16. Wahlperiode

Vorlage EK 16/2 – 212
17. April 2013

An die
Mitglieder und
ständigen Ersatzmitglieder der
Enquete-Kommission 16/2 „Bürgerbeteiligung"

Zweiter Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Bürgerbeteiligung"

C. Beratungen, Ergebnisse und Empfehlungen zur Verbesserung der Partizipationschancen

2. Demokratie 2.0

2.4 Empfehlungen

Anliegend erhalten Sie die Empfehlungen der Fraktion der CDU zu Punkt C. 2 des Zweiten Zwischenberichts.

Wissenschaftlicher Dienst

Abweichende Meinung der Abgeordneten Matthias Lammert, Marlies Kohnle-Gros, Ellen Demuth und Marcus Klein(CDU) sowie Prof. Dr. Ulrich Karpen und Prof. Dr. Wolfgang Lorig

Demokratie 2.0

Die vielfältigen politischen Möglichkeiten der digitalen Welt und des Internets – Demokratie 2.0 – dürfen nicht darüber hinweg täuschen, dass zentrale Probleme einer pluralistischen Demokratie bestehen bleiben: Die erwünschte intensive und nachhaltige Partizipation kann Repräsentativität nicht ersetzen, weil auch Demokratie 2.0 die Frage nicht beantwortet, wie Zielgruppen erreicht werden können, die sich bewusst nicht in politische Beteiligungsprozesse einbringen oder die – aus welchen Gründen auch immer – an politischer Beteiligung desinteressiert sind.

Demokratie 2.0 ist zunächst ein modernes Organisationsmittel der Demokratie, welches nur die Bürger/Innen nutzen, welche motiviert sind - meist durch persönliche Betroffenheit - , an Politik teil zu nehmen.

Wenn die Aussagen der Experten zutreffen, dass immer mehr Bürger „digital citizens" sind, dann nutzt es Politik und Gesellschaft, wenn wir uns intensiv bemühen, die vielfältigen neuen Möglichkeiten mit unserem politischen System zu verknüpfen. Der Nutzen wird umso größer sein, je besser es gelingt, digitale Medienkompetenz – die eine fundamentale Voraussetzung für Demokratie 2.0 ist - als eine Schlüsselkompetenz flächendeckend zu etablieren. Insoweit wird auch auf den Schlussbericht und die Forderungen der Enquete „ Verantwortung in der medialen Welt"(DS 15/5300) verwiesen.

Die Enquete stellt fest, dass in Rheinland-Pfalz mehr getan werden muss, um die digitale Medienkompetenz neben Lesen, Schreiben und Rechnen umfassend und systematisch zu implementieren. Insellösungen, wie aktuell in den zahlreichen Berichten der Landesregierung ausgewiesen, sind keineswegs ausreichend.

Die politische Kommunikation wird in der Zukunft intensiver und anspruchsvoller werden. Die etablierten Organisationen, z.B Parteien und Interessenverbände, verlieren an Einfluss beim Sammeln, Prüfen und

Publizieren von relevanten Informationen. Zugleich wird der politische Diskurs durch Nutzung der neuen Medien dezentraler, pluralistischer und kreativer. Ergebnisse solcher Diskurse lassen, wenn die bestehenden Systeme sich für die neuen Möglichkeiten öffnen bzw mit diesen interagieren, eine umfassendere Legitimation und damit eine ausgeprägtere Akzeptanz erwarten. Auf jeden Fall können die Chancen für den Zugang zum Politischen verbessert und damit Partizipationsmöglichkeiten erweitert werden.

Allerdings impliziert die neue Art politischer Diskurse außerhalb der herkömmlichen Organisations- und Kommunikationsstrukturen neben ihrer Dynamik auch Missbrauchsrisiken. Diese gilt es zu thematisieren und – wenn irgend möglich – durch geeignete Regulierungspolitik zu minimieren.

Im Zusammenhang mit open data bzw. open government wird darauf einzugehen sein, wie wichtig der öffentliche Raum im Netz ist, der mit erheblichem Kostenaufwand und langfristiger Perspektive aufzubauen ist. Nur auf dieser Grundlage können die Potenziale von Demokratie 2.0 in vollem Umfang freigesetzt und nutzbar gemacht werden.

Zunächst gilt es, die Grundlagen für die digitale Medienkompetenz zu schaffen. Denn diese versetzen die Bürgerinnen und Bürger erst in die Lage, vorhandene Instrumente des Internet und der sozialen Netze effektiv, effizient und verantwortungsbewusst zu nutzen.

- **Die Enquete fordert, die Netzinfrastruktur flächendeckend im Land zu verwirklichen. Dafür ist ein Stufenplan, ein professionelles Projektmanagement und ein abgestimmtes Zusammenwirken mit benötigten Partnern erforderlich.**

- **Die Enquete fordert, in den Schulen die digitalen Medien so intensiv zum Unterrichtsthema zu machen, wie es bereits mit den übrigen grundlegenden Kulturtechniken geschieht. Lehrerausbildung, -fortbildung und Curricula müssen dementsprechend organisiert werden.**

- **Die Enquete fordert, parallel dazu die Ausstattung der Schulen mit moderner Hardware systematisch voran zu treiben.**

- **Die Enquete fordert den Landtag auf, einen ständigen Landtags-Ausschuss für digitale Themen einzurichten.**